

# Ausland

## Ukraine Gut versorgt

Eine schonungslose Aufklärung aller Verbrechen des alten Regimes hatte die Führung in Kiew nach dem Aufstand auf dem Maidan 2014 versprochen. Doch die Abrechnung mit Expräsident Wiktor Janukowytsch und seiner Regierung blieb aus. Es wurde kein Urteil gegen ihn oder seine Vertrauten gefällt – obwohl ihnen Machtmissbrauch, Bildung krimineller Organisationen und Diebstahl staatlicher Gelder vorgeworfen wird. Von 23 hochrangigen Janukowytsch-Beamten

hielten sich inzwischen 10 in Russland auf und hätten dort teure Wohnsitze erworben, so das Kiewer Magazin „Fokus“, darunter sei der Expräsident selbst. Sein einstiger Premier Mykola Asarow leitet in Moskau ein „Komitee zur Rettung der Ukraine“, und Oligarch Serhij Kurtshenko, früher angeblich Finanzier des Präsidenten, betreibt von dort aus weiterhin Geschäfte in Europa und der Ukraine. Er besitzt eine Energieholding, einen Medienkonzern und hat 73 Tankstellen auf der Krim gekauft. Andere Janukowytsch-Getreue sind nach Weißrussland, Arme-

nien, Monaco oder – wie der Exgeheimdienstchef – auf die Krim geflüchtet und gut versorgt. Der frühere Energieminister hat sich nach Israel abgesetzt und einen anderen Namen angenommen; in seiner Kiewer Wohnung fand man 42 Kilogramm Goldbarren und rund fünf Millionen Dollar. Nur ein hoher Beamter hatte bislang Pech: Der frühere Chef der Staatsagentur für Investitionen wurde in Panama festgenommen und wartet auf seine Auslieferung. Er ist derzeit Chef einer österreichischen Consultingfirma und soll wertvolle Immobilien in Panama besitzen. cne

## Zentralafrika Aufstand gegen Kabila

Der Kampf um die Präsidentschaftswahl, die im November stattfinden sollte, stürzt die Demokratische Republik Kongo in eine schwere Krise. Denn Staatschef Joseph Kabila, der gemäß der Verfassung kein drittes Mal antreten darf, klebt an der Macht und will die Abstimmung hinausschieben. Als die nationale Wahlkommission jetzt

im Sinne des Präsidenten mitteilte, dass der geplante Wahltermin definitiv nicht eingehalten werden könne, brachen in der Hauptstadt Kinshasa Unruhen aus. Polizei und Präsidentengarde schossen scharf, mindestens 17 Menschen wurden getötet. Vermutlich Kabila-Getreue aus dem staatlichen Sicherheitsapparat ließen zudem die Hauptquartiere von Oppositionsparteien, die für reguläre und termingerechte Wahlen kämpfen, in Flammen aufgehen. Auch in

anderen Städten kam es zu blutigen Krawallen. Mit einem Trick hatte Kabila bereits im Januar 2015 versucht, Zeit zu gewinnen: Das korrupte Regime hatte angekündigt, die Wahl erst nach einer Volkszählung abzuhalten – die in dem chaotischen Flächenstaat wohl Jahre gedauert hätte. Nach schweren Unruhen wurde der Plan gekippt. Je näher nun das Ende von Kabilas Amtszeit rückt, desto heftiger dürfte der Widerstand gegen ihn werden. ill



Polizeieinsatz bei einer Demonstration in Goma

## Fußnote

# 37

 Prozent

aller arbeitslos gemeldeten Italiener haben innerhalb von sechs Monaten die Suche nach einer Anstellung aufgegeben, so die Statistikbehörde Eurostat. Der Schnitt in der Europäischen Union liegt nur halb so hoch. Dass sich im Land des Reformpremiers Matteo Renzi so viele offiziell Joblose nicht mehr bewerben, gilt Soziologen als ein Indiz für die florierende Schattenwirtschaft und die boomende Schwarzarbeit.



## Zimmer mit Aussicht

Wie aus einem Wohnzimmerfenster lässt sich der Syrienkrieg derzeit in einer Fußgängerpassage der U-Bahn von Buenos Aires verfolgen. Mit der Installation will die Menschenrechtsorganisation Amnesty International auf das Leiden der Syrer aufmerksam machen – damit Argentinien wie versprochen 3000 Flüchtlinge aufnimmt.

JUAN MABROMATA / AFP

## Griechenland Notfallplan für die Lager

Mit einem Notfallplan will die Regierung in Athen die ausufernde Gewalt in den Flüchtlingslagern eindämmen. Zu den sechs geplanten Maßnahmen zählt die Umquartierung aufs Festland, die Errichtung von Arrestzentren für Unruhestifter sowie die Entscheidung zusätzlicher Polizeieinheiten. Zudem soll die medizinische Versorgung durch den Einsatz von mehr Ärzten und Pflegeern verbessert werden. Wie der SPIEGEL aus dem Ministerium für Migration erfuhr, sollen die Maßnahmen

„unverzüglich umgesetzt werden“. Die Regierung von Alexis Tsipras hofft, so die Situation in den Lagern verbessern zu können. Erst am Montagabend hatte ein vermutlich von Brandstiftern gelegtes Feuer große Teile des Camps Moria auf der Insel Lesbos vernichtet. Ob der Aktionsplan die Situation in den Lagern wirklich verbessert, ist fraglich. So dürfen von den 13 700 Flüchtlingen, die auf fünf Inseln in der Ägäis gestrandet sind, nur jene 15 Prozent aufs Festland verteilt werden, die vor dem Flüchtlingsabkommen der EU mit der Türkei griechische Gewässer erreicht haben. Auch Arrestzentren gibt



MURAT TÜREKİS / LAMF

Flüchtlinge auf Lesbos

es bereits, nur waren sie bisher Teil der Lager und sollen nun separat errichtet werden. Für die unzumutbaren Verhältnisse macht die Regierung Tsipras auch die EU verantwortlich. Griechenland seien mehr als 400 Asylrechtsexperten versprochen worden, heißt es im Migrationsministerium, eingetroffen seien bislang nur „einige Dutzend“. Das Resultat seien überfüllte Lager wie Moria, das für 1500 Menschen errichtet wurde, aber mehr als doppelt so viele aufnehmen musste. Laut UNHCR kamen in den Monaten August und September pro Tag durchschnittlich mehr als hundert Flüchtlinge auf den ägäischen Inseln an. red